

Das Thema Energie ist in aller Munde: ob hohe Ölpreise, hohe Benzinpreise, explodierende Heizkosten, Gasstreit Russland-Ukraine, Energieunternehmensfusionen oder Förderung erneuerbarer Energien. Es vergeht kaum ein Tag, an dem nicht über das Thema Energie in den Medien, der Wissenschaft oder in der Politik beraten und gestritten wird. Und: Wie kein anderes kontroverses Thema in der Politik tangiert das Energiethema viele unterschiedliche Bereiche und Ministerien. So ist das Wirtschaftsministerium gefragt, da sowohl die Wirtschaftlichkeit der Energieversorger als auch die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Energieversorger eine

FORUM

wichtige Rolle spielen. Das Umweltministerium hat ein Mitspracherecht, da Umweltverträglichkeit und Klimaschutz betroffen sind. Das Finanzministerium mischt mit, da an der einen oder anderen Stelle durch staatliche Finanzinstrumente – wie beispielsweise Ökosteuer oder Subventionierung der deutschen Kohle – die Energieerzeugungsstruktur geregelt werden muss. Das Außenministerium ist betroffen, da Versorgungssicherheit nur durch kluge außenpolitische Diskussion sichergestellt werden kann – und damit ist auch das Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit beauftragt. Zudem wirkt auch das Verteidigungsministerium beim Thema Energie mit; der Kampf

Deutschland braucht ein Energieministerium

Die Ressourcen-Politik der Regierung verzettelt sich, und erste Schritte einer langfristigen energiepolitischen Strategie werden im Keim erstickt, weil zu viele Ministerien daran mitwirken / Von Claudia Kemfert

um knapper werdende Energieressourcen bedeutet, dass deutsche Soldaten eine ausreichende Energieversorgung sicherstellen müssen. Alternative Energien und vor allem alternative Kraftstof-

fe sind zunehmend auch für das Landwirtschaftsministerium wichtig, da Landwirte immer mehr zu Energiewirten werden. Außerdem ist das Verkehrsministerium von besonderer Bedeutung:

Im Zuge knapper werdender fossiler Energien spielen innovative Antriebsstoffe die Schlüsselrolle. Das damit verbundene Bauministerium muss dafür sorgen, dass Energien effizienter in Gebäuden

eingesetzt werden. Zu guter Letzt hat das Bildungsministerium die Aufgabe, die Forschung und Entwicklung innovativer Energien ausreichend zu fördern.

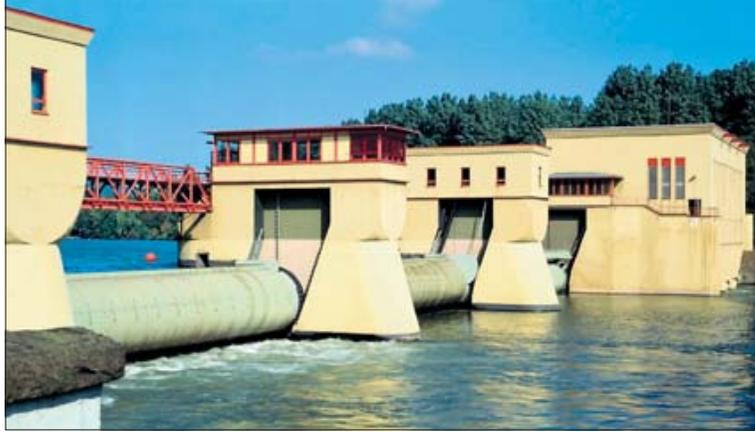
Damit sind insgesamt neun von 14 Bundesministerien mit dem Thema Energie beschäftigt – mit teilweise sehr unterschiedlichen Interessen. Da kann es kaum verwundern, dass Deutschland keine einheitliche Energiepolitik aufweist. Da die Energiepolitik jedoch elementar ist und sehr lange Zeiträume umspannt, müsste eine „Energiepolitik aus einem Guss“ langfristig ausgerichtet sein und zumindest einen roten Faden in der grundsätzlichen Ausgestaltung aufweisen.

Die Interessen des Konzerne

Davon kann bisher keine Rede sein – wenn neun Bundesministerien mit verschiedensten Interessen involviert sind. Daher könnte man doch einmal fragen: Warum hat Deutschland eigentlich kein Energieministerium wie viele andere Länder auf der Welt? Wenn sich die G-8-Energieminister treffen, wie im März 2006, vertritt Deutschland der Staatssekretär des Bundesministeri-

ums für Wirtschaft und Technologie. Dieser repräsentiert jedoch in erster Linie die Wirtschaftsinteressen der großen Energiekonzerne unseres Landes.

Eine einheitliche Energiepolitik wäre notwendig, um auch Planungssicherheit für Energiekonzerne zu geben und die grundlegende Strategie einer sicheren, umweltverträglichen und wirtschaftlichen Energieversorgung in Deutschland zu gewährleisten. Bislang haben die Einzelinteressen eine solche Strategie gar nicht erst entstehen lassen. Damit ist die bisherige Politik dadurch gekennzeichnet, dass sie sich verzettelt und erste wichtige Schritte hin zu einer langfristigen energiepolitischen Strategie im Keim erstickt werden. Mit einem Energieministerium würde auch die Flickschusterei ein Ende haben, die mit so genannten „Energiegipfeln“ erzielt wird. Die stärksten Lobbyisten bestimmen die politischen Entscheidungen von morgen. Aber der Einfluss der Lobbyisten erklärt vermutlich auch, warum Deutschland kein Energieministerium hat. Denn es ist aus Lobbyistensicht immer einfacher, die Politik an kleinen Nebenschauplätzen abzulenken, anstatt das große Ganze zu betrachten und damit auch die dringend notwendigen Reformen einzuleiten. Ein Energieministerium in Deutschland wäre notwendig, um die Einzelinteressen einzelner Ressorts zu bündeln und eine geschlossene politische Strategie der kommenden 20 bis 30 Jahre sicherzustellen. Somit würde auch der Bedeutsamkeit des Themas Energie Genüge getan.



Professorin Claudia Kemfert ist Energieexpertin des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung in Berlin. Links ein Wasserkraftwerk in Hengstey. Fotos: ddp, DIW